

## Stabilisierung der DDR durch Mauerbau, Zusammenbruch des SED-Staates

Der Mauerbau stabilisierte die Verhältnisse in der DDR insofern, als er tatsächlich die Fluchtbewegung eindämmte. Die fluchtbereiten Menschen, die nun im Land bleiben mussten, bildeten innerhalb der DDR ein Oppositionspotenzial, das die DDR-Führung durch eine **Verbesserung des Lebensstandards** neutralisieren und in ideologischer Überzeugungsarbeit für sich gewinnen musste. Andererseits sahen sich diese Menschen vor die Notwendigkeit gestellt, sich mit der Realität zu arrangieren und konnten nicht mehr darauf hoffen, auf leichtem Weg über West-Berlin in bessere Lebensverhältnisse zu kommen. Im Zug der allmählichen Steigerung des Lebensstandards, die sich besonders in der stetig steigenden Ausstattung mit Gebrauchsgütern zeigt, und der sozialen Leistungen wuchs auch die **Akzeptanz** des Systems **in der Bevölkerung**, auch wenn das „Fenster zum Westen“ immer noch eine blendende andere Wirklichkeit vor Augen führte. Die „Nischengesellschaft“ entstand, in der man versuchte, sich in den von der fast allgegenwärtigen Partei nicht besetzten Nischen des gesellschaftlichen Lebens einzurichten.

Die **Versorgungsengpässe** blieben jedoch bestehen, die fehlenden Konsummöglichkeiten wurden als Verteilung des Mangels karikiert. Die Wirtschaft produzierte nicht für den Weltmarkt, sondern für die Planziele des RGW. Besondere Bitterkeit erregte die Beobachtung, dass in den Intershops für Devisen alles zu haben war (auch die DDR-Produkte), die Waren aber im eigenen Land fehlten.

Die DDR wurde zwar in der Liste der Industrienationen auf einem der vorderen Ränge geführt, erreichte aber diesen Stand nur durch eine schonungslose Ausbeutung aller Ressourcen. Die Zuwachsraten der Industrie sanken, die Verschuldung gegenüber dem Westen stieg. Ein drohender Staatsbankrott in den 80er Jahren konnte nur durch einen Milliardenkredit der Bundesrepublik abgewendet werden.

Bereits seit den späten Siebziger Jahren nahmen daher wieder **Kritik und Widerstand** innerhalb der DDR zu. 1984 siedelten 35.000 Menschen in die Bundesrepublik um, auch im Land selbst zeigten Demonstrationen (Jena 1983) und Mahnwachen der Friedensbewegung (Ost-Berlin 1983) die wachsende Unzufriedenheit an. In dieser Zeit wuchs die evangelische Kirche in die Rolle des Mahners gegenüber dem Staat hinein und verwies auf grundlegende Rechte der Menschen. Sie hatte sich Ende der Siebziger Jahre mit dem Staat soweit arrangiert, dass die kirchliche Friedensbewegung als autonome Initiative anerkannt wurde. Durch die Einführung des Wehrunterrichts in den Schulen hatte sich jedoch gerade daraus neuer Konfliktstoff ergeben.

Bis Mitte der 80er Jahre verstärkte sich der Wunsch, über einen formellen **Ausreiseantrag**, selbst unter schweren Nachteilen, die DDR zu verlassen.

Neue Hoffnungen auf durchgreifende Veränderungen des „real existierenden Sozialismus“ entzündeten sich an der Reformpolitik des neuen Generalsekretärs der KPdSU, Michail Gorbatschow, und an der Gründung eines „runden Tisches“ im Nach-

barland Polen zur Neugestaltung des öffentlichen Lebens. Die überalterte SED-Führung zeigte sich jedoch nachhaltig **reform-unfähig** und der Ausreisepressure stieg wieder rapide an. So wurden auch im Frühjahr 1989 die Kommunalwahlen in der DDR in alter Manier manipuliert (98% Wahlbeteiligung, 99,9 % Zustimmung zur Einheitsliste), das sich die DDR-Führung vor der offenen Auseinandersetzung scheute.

Die Öffnung des Eisernen Vorhangs durch Ungarn im Mai 1989 machte deutlich, dass im gesamten Ostblock Veränderungen vor sich gingen und dass allein die DDR sich diesen Neuerungen verweigerte. Die **Ausreisewelle**, die im Sommer 1989 die DDR erfasste (Ungarn, Botschaftsflüchtlinge in Budapest, Warschau und Prag), zeigte ein weiteres Mal, dass ein großer Teil der Bevölkerung ihr Heil nicht in einer Verwirklichung sozialistischer Prinzipien, sondern einer Verwirklichung kapitalistischer und demokratischer Freiheiten sah.

Schließlich offenbarten die **Montagsdemonstrationen** in Leipzig und die **Masendemonstration** in Berlin am 4. November 1989, dass die SED-Führung einerseits nur noch Rückhalt bei ihren eigenen Funktionsträgern hatte, dass sie andererseits vor dieser Äußerung des Volkswillens zurückwich. Die Öffnung der Mauer am 9. November 1989 war insofern nur noch konsequent. Gerade die Parolen der Berliner Masendemonstration vom 4. November zeigten das neue Selbstbewusstsein der Bevölkerung ("Wir sind das Volk") als auch die Kluft gegenüber denen, die sich jahrzehntelang als Volksvertreter ausgegeben hatten.